

Albert F. Reiterer

„NATIONALES SELBSTBESTIMMUNGSRECHT“*Von der bürgerlichen Kampflosigkeit zur imperialen Manipulation*

Selbstbestimmung.....	1
Ein uns naheliegendes Beispiel	2
„Völkerrecht“ und „internationale Gemeinschaft“	3
Lenin gegen Rosa Luxemburg – und Kautsky? Die marxistische Linie zur Nation	4
Exkurs: Lenin, die Selbstbestimmung und seine Haltung 1914, 1920 – und heute?	8
Lenin und die Assimilation	10
Selbstbestimmung und „Selbstbestimmungsrecht“	11
Schluss und Folgerungen.....	12

Resumé:

Selbstbestimmung ist der Grundanspruch jedes Menschen und jeder Gruppe von Menschen auf die Gestaltung des eigenen Daseins.

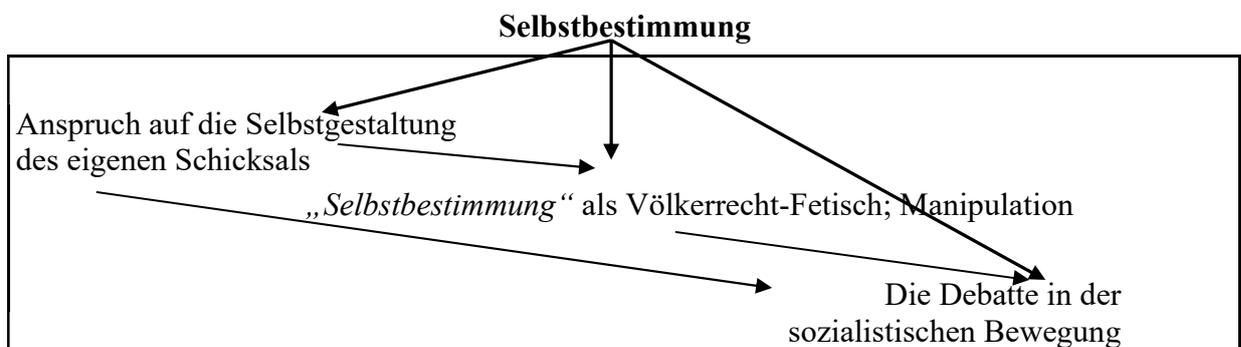
Doch „Selbstbestimmung“ wurde auch, als „Selbstbestimmungsrecht“, zum intellektuell-akademisch-politischen Slogan. Diese Sprecher der Elite haben den Ehrgeiz zu bestimmen, wer Selbstbestimmung in Anspruch nehmen darf und wer nicht. Die „Selbstbestimmung“ wird aber auch immer wieder manipulativ für miese Propaganda-Zwecke genutzt.

Revolutionäre Sozialisten nahmen das Konzept auf. Sie versuchten es mit der Priorität des Klassenkampfes und dem Sozialismus als Ziel zu vereinen. Widersprüche blieben.

Die Debatte von 1914 ff. hält uns einen Spiegel vor:

Selbstbestimmung

Über Selbstbestimmung zu sprechen ist schwierig. Das Vokabel steht für mehrere Sachverhalte und Strömungen. *Selbstbestimmung* ist der Grundanspruch des Einzelnen, von Gruppen und der ganzen Gesellschaft, das eigene Schicksal zu gestalten. Aber „Selbstbestimmung“ ist auch ein technischer Ausdruck (*terminus technicus*), mit dem eine Gruppe von Akademikern, meist in sehr sophistischer Weise, ihr politisch-juristisches Spezialgebiet bezeichnet. Es ist ein intellektueller Fetisch, der ideologisch konditioniert ist und weit reichende politische Folgen hat. Selbstbestimmung schließlich spielte in der Arbeiter-Bewegung, in der marxistischen Debatte seit mehr als einem Jahrhundert eine wesentliche Rolle. Die Diskussion ist nie abgeschlossen und muss immer wieder aufflammen.



Wir sprechen hier über Selbstbestimmung – weil wir eine Selbstbestimmung, und zwar nicht zuletzt eine nationale Selbstbestimmung für die Bevölkerung in Österreich, für die Bevölkerungen Europas und der Welt, eine politische Selbstbestimmung gegen die Anmaßungen der Bürokratien und gegen den neuen, nun offenen Imperialismus von EU und NATO wollen.

Aber von Selbstbestimmungen schwafeln auch die Unterstützer des Kriegskurses in der Ukraine und im Osten Europas. Wir müssen also klar sprechen.

Ein uns naheliegendes Beispiel

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 zerfiel das Konglomerat des Habsburgerstaats. Auf dem Boden des heutigen Österreich blieb eine deutschsprechende Bevölkerung übrig: L'Autriche c'était que restait. Die politische Klasse dieses Bevölkerungsteils von den Christlichsozialen bis zu den Sozialdemokraten beschloss einmütig, sich dem Deutschen Reich anzuschließen. Weniger einmütig war die Bevölkerung. Ob sie in der Mehrzahl für den Anschluss war, ist keineswegs klar. Es gibt einige Indizien dagegen. Nichtsdestoweniger: Das Parlament beschloss der Anschluss. Aber die Entente, die Sieger, verboten ihn, und mit gutem Grund.

Staatsgesetzblatt

für den Staat Deutschösterreich

Jahrgang 1918

Ausgegeben am 15. November 1918

1. Stück

Inhalt (Nr. 1–7): 1. Beschluß über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt. — 2. Beschluß, betreffend die National- und Bürgergarden. — 3. Beschluß, betreffend das Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht. — 4. Beschluß über Arbeitsvermittlung und Arbeiterschutz bei der Demobilisierung. — 5. Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich. — 6. Aufruf. — 7. Gesetz über die Räummachung von Gesetzen und Verordnungen durch das Staatsgesetzblatt.

5.

Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich.

Kraft Beschlusses der Provisorischen Nationalversammlung verordnet der Staatsrat, wie folgt:

Artikel 1.

Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Artikel 2.

Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme

Die Sieger haben nicht offen argumentiert. Aber ihre Motivation war klar. Sie hatten das Deutsche Reich und seine Marionetten, insbesondere auch den Habsburger-Staat, mit einiger Mühe besiegt und seine Weltherrschafts-Ambitionen vereitelt. Nun wollten sie diesen Schurkenstaat nicht den Frieden gewinnen lassen, nachdem er den Krieg verloren hatte.

Das war ohne Zweifel eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts. *Ich halte dieses Anschlussverbot auch heute noch für richtig.* Das zeigt, dass mit einem isolierten Hochhalten des nationalen „Selbstbestimmungsrechts“ die politische Situation nur vernebelt wird. In der Politik gilt es, die umfassende Komplexität einer Situation gesamthaft und dialektisch zu erfassen. Es war eine Maßnahme im Interesse eines Gutes, des Friedens, auch wenn dahinter andere Interesse der westlichen Imperialismen standen. Den Slogan vom *Selbstbestimmungsrecht der Nationen / Völker* gründlicher zu diskutieren, ist überfällig. Ich erinnere mich bestens, wie mir vor drei Jahrzehnten auf einem Kongress ein slowenischer Völkerrechtsprofessor (der dann große politische Karriere machte) entgegenhielt: Aber das Selbstbestimmungsrecht steht nur *den Nationen* zu. Man könne doch nicht die Leute gemeindeweise abstimmen lassen, ob sie hierhin oder dorthin gehören wollen! Der akademisch institutionalisierte und etablierte Intellektuelle legte also fest, wer das „Selbstbestimmungsrecht“ beanspruchen darf – wer alles was „dürfen darf“.

Dieses Beispiel stammt nicht zufällig aus der Zeit vor einem Jahrhundert. Wir sind inzwischen in einer Situation, wo der Erste und der Zweite Weltkrieg Parallelen sind, die höchst aktuell wirken. Aktuell – für Linke – sind damit auch die Auseinandersetzungen von damals. Ein Blick darauf kann helfen, mehr Klarheit zu bekommen. Das hat nichts mit einer linken Gelehrsamkeit zu tun, die uns zu Recht anwidert. Vielleicht kann aber der Blick auf die Zeit damals ein bisschen die AHA-Erlebnisse befördern, die offenbar unerlässlich sind.

Recht, „Völkerrecht“ und „internationale Gemeinschaft“

Diese zwei Phrasen gehören zu den zentralen Vokabeln des gegenwärtigen hegemonialen Diskurses – und sie werden von den Restlinken bereitwillig aufgegriffen und damit legitimiert. Es ist erschütternd, mit welcher Naivität das Wort und der Begriff des Rechts in der politischen Propaganda benutzt werden, und zwar auch in der marxistischen Tradition. Gewöhnlich wird dabei keineswegs das Recht als „zwangsbewehrte Ordnung“, also weniger geschwollen, als Befugnis der Herrschenden, welche damit ihre politischen Vorstellungen auch mit Gewalt durchsetzen, verstanden. Es ist die einzige positive Bedeutung, welche dieser Begriff hat, auch die einzige Bedeutung, die nicht vernebelnd ist. Rufen wir in Erinnerung: *Recht* sind jene Zwangsnormen, welche die Herrschenden durchsetzen und mit Staatsgewalt realisieren. In parlamentarisch-demokratisch organisierten Gesellschaften müssen sie ein bestimmtes Procedere durchlaufen und erhalten damit „Legitimation durch Verfahren“. Wir sind inzwischen sensibel geworden auf die Verachtung gegenüber etablierten Verfahren, wie es noch Lenin an den Tag legt. Umgekehrt darf uns das nicht zur Illusion führen, dass der *Fetisch des Legalismus* den Allgemeinwillen (was immer dies sein soll) verkörpert. Was aber Recht *nicht* ist und nie war: ein transzendenter Anspruch auf *Gerechtigkeit*. Wie müssen also höchst misstrauisch sein, wenn wir vom „Selbstbestimmungsrecht“ sprechen hören. Das ist entweder das Ergebnis von Aushandlungen von Advokaten und Bürokraten und damit ein Zufallsprodukt der Macht-Verhältnisse. Oder aber es ist eine leere Phrase, die bemüht ist, uns allen Sand in die Augen zu streuen.

Die Sprache des „Rechts“ führt also *analytisch* völlig in die Irre. Und doch haben wir hier eine der so häufigen Dialektiken von Politik und Geschichte. Politisch ist die Form des Rechts notwendig, und ein Rechtsstaat ein notwendiges Ziel. Das ist keineswegs Taktik. Ziel jeder emanzipativen Bewegung ist eine Veränderung der Strukturen und die Etablierung neuer Strukturen. Das übersetzt sich politisch-institutionell in Recht – zumindest wenn wir nicht Radikal-Anarchisten sind.

Allerdings wird das Wort „Recht“ seit Jahrhunderten agitatorisch stets auch in der Bedeutung eines legitimen Anspruchs benutzt. Das ist einer der Fälle, wo man kaum auf ein Wort verzichten kann, obwohl es die analytische Bemühung erschwert und behindert.

Noch einmal eine andere Figur ist das sogenannte *Völkerrecht*. Auch hier verbergen sich hinter dem schönen Schein recht unterschiedliche Sachverhalte. Schließen zwei Staaten, d.h. deren politische Eliten und Vertreter, friedliche Abkommen miteinander, so wird man erwarten, dass sie diese einhalten. Das ist eine pragmatische Frage der Machtverhältnisse. Damit es „Recht“ wird, muss noch eine *Schieds-Instanz* vorhanden sein, welche von beiden Seiten als solche anerkannt ist. Unter diesen Umständen könnte man von (Quasi-) Recht sprechen.

Aber das sogenannte Völkerrecht der politischen Debatte ist etwas ganz Anderes. Es ist die im Detail ausgefeilte *Ideologie einer bestimmten Intellektuellen-Gruppe*: der „Völkerrechtler“. Ihnen ist es gelungen, als abgehobene Sprecher einer spezialisierten Bürokratie, der Diplomaten, und gleichzeitig auch im eigenen Interesse, ein ganzes ideologisches System aufzubauen und dem Ansehen und eine gewisse Anerkennung zu verschaffen, weil sie eng vernetzt mit einem Teil der Macht-Bürokratie des Zentrums, des Westens sind. Der Anthropologe M. Godelier (1991, 69) fragt ebenso analytisch wie rhetorisch: „Wird der Westen das universale Modell der Menschheit?“ – „Werden sich diese Prozesse [der Verwestlichung aller Gesellschaften] fortsetzen? Ja. Sind sie unumkehrbar? Ja. Werden sie schließlich die gesamte Welt umfassen? Dies ist wahrscheinlich“. Denn dem Westen ist Eines gelungen. Er wurde „eine Mischung von Realen und Imaginären“ (10), von Herrschaftsstruktur und gleichzeitig auch von Wunsch- und Paradiesesbild wegen seines Erfolgs.

Damit hängt unmittelbar ein anderes Vokabel zusammen, welches wir fast vorgeworfen bekommen: die „internationale Gemeinschaft“. Das ist eine Propagandaphrase für die Herrschenden. Sie hat aber ihre faktische Grundlage. Die außenpolitischen, die diplomatischen Bürokratien der Staaten und internationalen Organisationen stehen auf einer gemeinsamen, geteilten sozialen, politischen, kulturellen und mentalen Grundlage. *Sie*, diese Bürokratien, bilden wirklich eine Gemeinschaft. Diese Leute kennen einander persönlich, verbringen viel Zeit miteinander. Diese, ihre eigene Klassen-Gemeinschaft, unterschieben sie den Beziehungen und Konflikten zwischen den Mächten und Klassen. Und für sich und ihre Verbrechen fordern sie dann die „internationale Solidarität“ („europäische Solidarität“) ein.

Auch das sogenannte Selbstbestimmungsrecht haben diese Bürokratien und ihre Ideologen, die Völkerrechtler, auf ihre Weise *façonné*. Sie benutzen es dazu, Selbstbestimmung weitgehend zu *verhindern*. Wie das lautet, mögen Interessierte in der entsprechenden Literatur nachlesen (Obieta Chalbaud, Capotorti, Strassoldo, ...). Wenn wir von *nationaler Selbstbestimmung* sprechen, müssen wir zuvor ein paar Sätze zur *Nation* sagen.

Eine besonders schäbige Ideologie kam in den beiden letzten Jahrzehnten hoch: das sogenannte „*Weltrechtsprinzip*“. Das ist die Behauptung westlicher Juristen, dass jedes (westliche) Land berechtigt wäre, Handlungen, die sich irgendwo auf der Welt ereigneten, vor seinen eigenen Gerichten beurteilen zu lassen. Das ist nichts Anderes als der Anspruch der europäischen Politik, nach eigenem Gutdünken seine Staatsgewalt einzusetzen, wo es ihr beliebt. Es ist umgekehrter Khomeinismus. Der hat auch Salman Rushdie zum Tod verurteilt, obwohl der nicht im Iran lebte. Heute rufen europäische Intellektuelle von solchen Organisationen wie Amnesty International zu gleichartigen Verhalten auf (Shoura Hashemi im ORF 14. September 2023: „Mittagsjournal“ 12.46 Uhr – sie kommt nicht zufällig aus dem Außenministerium). Das ist nackter Imperialismus des alten und offenbar auch wieder des neuen Stils vonseiten der Kompradoren / -innen.

Lenin gegen Rosa Luxemburg – und Kautsky? Die marxistische Linie zur Nation

Putin hat mehrmals anklingen lassen, die Ukrainer seien gar keine Nation. Damit gab er einer großrussischen Strömung Ausdruck, welche die Ukrainer für eine Erfindung der Bolschewiki und insbesondere Lenins halten. „Erfundene Nationen“ war vor einiger Zeit ein hochmodisches Vokabel in akademischen Kreisen (B. Anderson 1983). Es basierte zwar auf einem

völlig defizienten Verständnis von sozialen und politischen Vorgängen überhaupt. Aber die Wendung war nicht zufällig so erfolgreich. Immer wieder, regelmäßig, werden nationale Fragen für die Zwecke der Herrschenden manipuliert.

Nation ist eine Bevölkerungsgruppe, die zueinander Bindungen aufgrund quasi-gemeinschaftlicher (kommunitärer) Solidaritäten entwickelt, die sie mittels Bezug auf „Abstammung“, Sprache und eventuell wichtige sonstige Merkmale rationalisiert. Aber als politische Einheit, die sie entweder schon ist oder werden will, stellt sie gleichzeitig ein *politisches Projekt* (nationales Projekt) dar, ein Programm. Das aber ist, einer Klassengesellschaft entsprechend, stets ein Klassenprojekt. Diesen Punkt betont auch Lenin gelegentlich, allerdings in einer wenig klaren Sprache und Terminologie, er, der sonst stets höchsten Wert auf schärfste Unterscheidungen legt. Den Identitäts-Aspekt streift er bestenfalls (Nationen „als Gruppierungen der Bevölkerung nach jeder der einzelnen Klassen“). Aber die Sprache hatte damals für die einzelnen Klassen höchst unterschiedliche Bedeutung – so wie es auch heute wieder der Fall ist. Intellektuelle definierten ihre Lebenswelt ausgehend von der nationalen Sprache und heute von der internationalen *lingua franca*. Für Bauern und Arbeiter waren die regionalen Dialekte und Soziolekte entscheidend. Die nationale Hochsprache war ihnen oft fremd und wurde ihnen erst in der Schule eingebläut. In Italien spricht man noch heute nur von der Hochsprache als „Italienisch“, die eigene Alltagssprache ist das Romanesco, das Piemontese, das Siciliano...

Hinter der „Nation“, dem „Volk“ und auch dem Selbstbestimmungsrecht der Juristen und Historiker steht im Gegensatz zu den „Konstruktivisten“ eine kommunalistische Auffassung, ein fetischisiertes, substanzialisiertes Konzept. Dieses Konzept wurde im 19. Jahrhundert konstruiert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter gezogen. Nationen wurden als vorgegebene organische Einheiten dargestellt, die einen einheitlichen Willen haben. Dass Nationen Gesellschaften sind, deren soziale, ökonomische und kulturelle Strukturen sich ständig ändern; dass sich somit ihre personellen Grenzen ständig verschieben; das ist diesem Verständnis vollständig fremd.

Roman *Rosdolsky* hat 1964 einen langen Text, tatsächlich ein Buch, über Friedrich Engels und seine Auffassung von den „geschichtslosen Völkern“ veröffentlicht. *Engels* hatte 1848 / 49 in geradezu ungeheuerlichen Formulierungen einen zugespitzten Deutschnationalismus vertreten. Wir können bei *Rosdolski* die Belege sauber aufgelistet finden, wenn wir die „Neue Rheinische Zeitung“ zu umfangreich finden. Engels stieg sein ganzes Leben nicht von dieser Auffassung herunter – wenn er z. B. von den „alten Deutschen“ spricht und damit irgendwelche germanische Stämme meint ... Neben vielen bedenkenswerten Überlegungen sowie einer Masse von Material bleibt man auch von *Rosdolsky* unbefriedigt. Er wirft Engels nämlich nicht nur seinen Deutschnationalismus vor. Er stellt gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht der slawischen Völker in der Habsburger-Monarchie in den Vordergrund. Politik ist aber eine vieldimensionale Angelegenheit. Das ist eine grundlegende Erkenntnis, die man nicht nur bei *Rosdolsky*, sondern fast überall vermisst, wie ein bestimmtes Politikfeld analysiert wird; insbesondere aber in der Literatur über die nationalen Fragen. Bei politischen Konflikten und Entscheidungen gilt es immer, eine Reihe von Aspekten im Auge zu behalten. Es gibt praktisch immer *Trade-offs* zwischen den unterschiedlichen politischen Zielen. Damit ist es aber auch ganz unzulässig, ein bestimmtes Ziel zu verabsolutieren. Es geht also nicht an, das „Selbstbestimmungsrecht“, den Anspruch beliebiger Bevölkerungs-Gruppen oder auch ethnischer Einheiten, ohne jede Diskussion als oberstes Ziel vorauszusetzen und zu postulieren.

Lenin verteidigte Engels mit Zähnen und Klauen auch in solchen Wendungen. Spricht man über Lenins Stellung zur Selbstbestimmung (*erke 20*, 395 – 461) muss man die Theorien und Auffassungen zur Nation und zum Nationalismus in der damaligen marxistischen Tradition besprechen. Anders läuft man Gefahr, die Situation verkürzt und verfälscht darzustellen. In der Theorie der Nation betont auch *Lenin* nicht sosehr den *politischen* Charakter der Nation, sondern spricht nur und recht kurzschlüssig von ihrer Bedingtheit durch die ökonomische

Entwicklung. Die Erfordernisse eines wachsenden einheitlichen inneren Marktes machen eine einheitliche Sprache für eine einheitliche Organisation notwendig. Das ist Kautsky pur. Der Angriff auf Otto Bauer und seine National-Charakter-Ideologie erfolgt zu Recht (und ist für Lenin eigentlich ziemlich sanft). Aber er übersieht dabei Eines: Bauer hatte versucht, ein gesellschaftliches Problem aufzugreifen, das Kautsky und Lenin nicht einmal sahen: Für den Aufbau eines *demokratischen* Staats bedarf es eines gemeinschaftlichen Elements. Sagen wir besser nicht „gemeinschaftlich“. Das kommt aus der nationalistischen Ideologie des 19. Jahrhunderts. Sagen wir *kommunitär*! Dieses Kunstwort (von heute) soll die Transformation des Lokalen, des Kleinräumigen der Gemeinschaft zum Nationalen der Gesellschaft einbegreifen. Es braucht Gleichheiten, welche den Ansatzpunkt für *nationale Zugehörigkeiten* bilden. Eine (unter anderen) dieser Gleichheiten ist auch die Sprache. Der Markt hat die strukturelle Seite geschaffen, aber Intellektuelle haben erst den Überbau dazu, die politische Organisation, entwickelt und ihn dazu genutzt, sich dem „Volk“ als Führung anzubieten. Erst damit erreichten sie eine der Formen der Legitimierung für ihre Herrschafts-Ambitionen. Und das funktioniert in hohem Ausmaß. Das aber will Lenin nicht sehen, für den nur die Klasse als Zugehörigkeit legitim war.

Besonders ausführlich schrieb Lenin unmittelbar vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs zur nationalen Frage (Werke 20, 1 – 34), dann wieder mitten im Krieg (Werke 22, 144 – 159), schließlich bereits 1920 (Werke 31, 132 – 139: Thesen zur nationalen und kolonialen Frage). Wie nahezu immer, hat Lenin seine Stellungnahme zur Selbstbestimmung als Polemik geschrieben. Diesmal wendet er sich gegen Rosa Luxemburg. Wir müssen uns also zuerst mit ihr auseinandersetzen.

Rosa Luxemburg hatte sich in einem langen Beitrag in einer polnischen Zeitschrift 1908 gegen die Losung der Selbstbestimmung in der russischen Sozialdemokratie (Bolschewiki) gewandt. Setzen wir uns mit ihr auseinander, müssen wir einen Blick auf ihre theoretische Grundlage und ihre politische Haltung werfen. Fast ein bisschen ironisch stellen wir fest: R. L. vertritt hier einen nahezu infantilen Primitiv-Bolschewismus. In ihrem Stil kann sie sich nicht revolutionär genug geben. Sie stürmt gegen politische „Sentimentalitäten“ und beruft sich auf den „Realismus“ von Marx – dessen konkrete Aussagen von 1848 sie in diesem Thema aber als irrig erklärt. Trotzdem ist ihr Vorbild der junge Marx dieser Zeit – jener Marx, der noch die Kinderkrankheiten des weltgeistigen Hegelianismus an sich trägt, und dessen Arroganz damals sprichwörtlich war. M. a. W.: *Sie orientiert sich an einem intellektualistischen Theoretiker* und hält dies für Realismus. Ihre verächtliche Sprachwahl („Natiönchen“) ist stoßend.

Zur Frage der Identität und ihrer politischen Bedeutung:

In Europa sind es die sich auflösenden kleinen ethnischen Minderheiten, welche eine Zeitlang auf die Sympathie und die Unterstützung von Außenseitern zählen konnten. In Amerika (USA, Kanada) haben eher religiöse Gemeinschaften Interesse erweckt. Amische, Hutterer, Mennoniten, aber auch vereinzelt gewisse mormonische Dörfer haben sich als Gemeinschaften dargestellt, welche sich der Auflösung durch die „strukturellen Gewalt“ von Außenstehenden bzw. der Umwelt insgesamt entgegenstellten und dabei nicht selten Sympathien gewannen. Freilich sind wir auch gleichzeitig gewohnt, diese religiösen Strömungen als reaktionär schlechthin zu sehen. Aber wodurch unterscheiden sie sich tatsächlich von den slowenischen und kroatischen Bauern in Kärnten und im Burgenland, von den konservativen Bretonen in Frankreich, usw.? Im Titel eines Aufsatzes darüber (Goodsell 200) findet man das Wort *solidarity*, und da liegt wohl ein Gutteil des Geheimnisses – selbst wenn inzwischen das Wort „Solidarität“ fast kaputt ist, weil die Herrschenden es missbrauchen. Goodsell, Todd (2000), *Maintaining Solidarity: A Look Back at the Mormon Village*. In: *Rural Sociology* 65, 357 – 375.

Den ganzen Artikel Luxemburgs könnte man, ohne ihn bössartig misszuverstehen, als ein Plädoyer für jenen Globalismus lesen, den man heute durchaus als gefährlichste Entwicklungstendenz eines neuen Imperialismus sehen muss. Jene R. L., die heute im deutschsprachigen Raum gern als demokratische Kronzeugin gegen den Bolschewismus 1917 / 1918 ins Treffen geführt wird, stellt über jeden Zweifel klar: Eine Demokratie, welche die Mehrheit der (arbeitenden) Bevölkerung berücksichtigt, lehnt sie ab. Nur die Interessen des *städtischen Industri-Proletariats* interessiert sie. Und welche Interessen dies zu sein haben, das bestimmt sie.

Wir erinnern uns an habsburgische Versuche Ende des 19. Jahrhunderts, die Ruthenen in Galizien als eigene Nation zu erfinden und aufzubauen. Das kam aus einer gewissen Furcht vor ukrainischem Nationalismus, setzte also implizit die Existenz einer ukrainischen Nation voraus. Aber: Nation ist immer auch eine *Klassenfrage*. „Es gibt zwei Nationen in jeder modernen Nation, ... es gibt zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur“ (*Lenin Werke* 20, 17). Später, in den Thesen von 1920, kommt dies noch deutlicher heraus. Diese grundlegende Aussage müsste im Zentrum jeder Analyse zu nationalen Problemen stehen. (Sie findet sich übrigens belletristisch bereits bei *Disraeli* 1844). Nation ist somit eine Schicht-Angelegenheit, die Problematik der hegemonialen Gruppe und des Hegemonie-Apparats insgesamt, und zwar *immer, bei jeder Nation*. Die Frage kann nie heißen: Existiert die (ukrainische) Nation? Wieder einmal ist die Frage falsch gestellt, weil die Klasse eskamotiert wird. Die Frage muss immer heißen: *Wer gehört* zur (ukrainischen) Nation?

Ich war eben in Sarajevo. Dort habe ich auch einen Blick auf die Princip-Brücke, heute geschichtsrevisionistisch wieder „Lateiner-Brücke“, geworfen. Wieder in Wien, fiel mir eine Broschüre „Sarajevo 1914“ (*Gutsche* 1983) aus der Ex-DDR in die Hände. Etwas grob geschnitzt, ist der Text höchst lesenswert. Für den ganz überwiegenden Teil der bosnischen Bevölkerung war damals die nationale Zugehörigkeit völlig belanglos. *Sie waren also keine Nation*. Die Attentäter, „zumeist aus bäuerlichen Familien entstammend“, hielten „die Bauernschaft für die Hauptkraft der Revolution“ (15). Typisch für Gymnasiasten, verband sich bei ihnen „die utopische Idee des Anarchismus“ mit der Figur des „Tyrammenmords“, von dem sie offenbar in ihren Geschichtsbüchern gelesen hatten. Das erinnert an Nestor Machno und die Machnowtschina 1917 – 1920 in der Ukraine. Ein sehr kleiner Teil definierte sich „bosnisch“. Die kleine anarchistische Gruppe der Attentäter, Gymnasiasten und vereinzelt ein Arbeiter, sah sich eindeutig als „Serben“. Aber sie waren andere Serben als die in Belgrad. Sie verfolgten ein anderes, ein eigenständiges *nationales Projekt*. Zu einer Nation gehört also eine „gemeinschaftliche“ Ideologie („Wir sind Serben“); aber dazu gehört auch ein politisches Projekt („Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben nach unseren Ideen“).

Nationalismus war und ist ein Vehikel, den Willen zur Selbstbestimmung in einer Bevölkerung für die Machtansprüche einer Klasse, einer Schicht, oft genug auch nur einer Gruppe aus dieser Bevölkerung einzusetzen, zu instrumentalisieren. Diese Charakterisierung teilt er mit dem später auftretenden Faschismus und auch mit dem gegenwärtigen Globalismus und Supranationalismus. Aber dieser Selbstbestimmungswille, der keineswegs nur national ist, besteht. Man muss ihn erkennen und aufgreifen.

Wir sind im Jahr 1914. Die Mittelmächte treten den Ersten Weltkrieg los. Die Debatte um Nation und Nationalismus ist lebhaft, auch in der russischen Sozialdemokratie. Sie hatte Stalin nach Wien geschickt, um dort das Thema zu studieren, weil die habsburgische Sozialdemokratie als besonders sachkundig galt. Aber Stalin hatte sich stark von Otto Bauer und dessen „Nationalitätenfrage“ beeinflussen lassen. Und dieses Buch ist unter allen Schriften Bauers das theoretisch wirklich letztklassigste, skandalös. (Aber selbst heute nehmen es nicht nur nostalgische Sozialdemokraten ernst, sondern auch Leute wie Eric *Hobsbawm*.) Bauer steht voll im Deutschnationalismus seiner Zeit drinnen und kann Nation nur als Ethnonation erkennen, die er überdies rassistisch ableitet. *Lenin* hält fest: Nationen sind Bevölkerungen gleicher Sprache; die Sprache sieht er aber ganz instrumentell als „wichtige Voraussetzung für einen wirklich freien, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handel“ (398). Er

stellt der „psychologischen“ Theorie Bauers (so drückt er sich aus) eine rein strukturelle Auffassung gegenüber. Und doch stoßen wir in derselben Schrift wenige Seiten später auf geradezu schockierende Aussagen. Da argumentiert er gegen Rosa Luxemburg: „**Die** Ungarn und auch **die** Tschechen neigen nicht etwa zur Lostrennung sondern vielmehr zur Erhaltung der Integrität Österreichs ... um der nationalen Unabhängigkeit willen ... (gegen) die raubgierigen und stärkeren Nachbarn“ (S. 410).

Exkurs: Lenin, die Selbstbestimmung und seine Haltung 1914, 1920 – und heute?

Lenin fährt nach dem Satz über die zwei Nationen fort: „Es gibt eine großrussische Kultur der Purischkewitsch, Gutschkow und Struve, es gibt aber auch eine großrussische Kultur (der) ... Tschernyschewski und Plechanow ...“ Wir sehen mit Erstaunen: Im Grund ist diese Aussage „idealistisch“, nämlich intellektualistisch. Sie zielt auf die Ideologie („Kultur“) ab und nicht auf den Klassen-Charakter der Nation: „Neben den *Ideen* der pfäffischen und bürgerlichen großrussischen Kultur sind auch die *Ideen* der großrussischen Demokratie und Sozialdemokratie wirksam.“ Er scheint seine eigene Aussage zum *Klassencharakter der Nation* zu vergessen. Und warum? Weil er Nation, der damaligen Gepflogenheit entsprechend, nur als *Ethno-Nation* sieht. *Nation ist immer auch ein politisches Projekt.*

Das sind die Ideologien von Andrassy und Palacký! Das stammt aus der Tradition der „Adelsnation“, welche konservative Eliten seit Mitte des 19. Jahrhunderts wieder nutzten, um ihren eigenen Machtanspruch mit ein paar Vokabeln aus dem „modernen“ Nationalismus aufzuputzen. Sie wollten gleichzeitig die alte zentrale und meist deutschsprachige Konkurrenz ihrer Klassengenossen aushebeln und die neuen Ansprüche des regionalen („nationalen“) Bürgertums abwehren. Und stilistisch macht Lenin dies mit der klassenumfassenden Formulierung „**die** Tschechen“ und „**die** Ungarn“, festgefügt homogenen Einheiten.

Da war im Grund bereits der Abbé Siéyès 1789 weiter, als er feststellte. „Der Dritte Stand [das Bürgertum] ist die ganze Nation. Damit ist nämlich die Nation eindeutig als Klassen-Projekt des Bürgertums gekennzeichnet. Zu dieser Klassen-Nation gehören in einer persönlichen Abgrenzung nur Bürger, als politisch Aktive. Arbeiter sind nicht zur Partizipation berechtigt, *sind schlicht nicht Angehörige der Nation* – ebenso, wie der Adel und der Klerus nicht mehr Angehörige sein sollen, weil sie als solche keine Recht mehr haben sollen, nur als Bürger (*citoyen* **und** *bourgeois*).

Lenin argumentiert gegen Rosa Luxemburg nicht zuletzt mittels Hinweisen auf Kautsky. Wir kommen also um das *Verhältnis von Lenin zu Kautsky* nicht herum. Denn das ist das *Verhältnis der authentischen Bolschewiki zur Sozialdemokratie*, zur Zweiten Internationale. Lenin hat Kautsky hoch geschätzt, bis sich dieser gegen die russische Revolution aussprach. Im Selbstbestimmungs-Artikel führt er Kautsky mehrmals gegen R. Luxemburg ins Feld. Diese Hochschätzung ist fatal – denn Kautsky war *der* Theoretiker der Zweiten Internationale. Das ist nun eine Sache für sich. Doch halten wir fest: In seinen theoretischen Grundlagen war Lenin von den abstrakten und schematischen Überlegungen über die Entwicklung des Kapitalismus nicht weit weg. Dieser Technokratismus, wir könnten auch sagen: dieser Sozialdemokratismus – so müssen wir die Idee von der automatischen Entwicklung des Sozialismus zum Kapitalismus nennen – kommt auch und gerade nach der Revolution immer wieder hoch in der Überbetonung der ökonomisch-technischen Grundlage, die der Kapitalismus für den Sozialismus legen muss. Das geht nun über unser Thema hier weit hinaus. Dass wir uns mit den sozialdemokratischen Theorie-Grundlagen bei Lenin beschäftigen müssen, steht aber außer Frage.

Kautsky hat sich zur Frage der Nation ziemlich ausführlich geäußert. Später wird Lenin nicht nur einmal schreiben: „...als Kautsky noch Marxist war“. Das wirft Schatten auf Lenins eigene theoretische Grundlagen. Festhalten müssen wir trotzdem: Kautskys Haltung kam nicht „über Nacht“, wie Lenin selbst polemisch zu anderen Sozialisten festhält. Und Lenin hat gut ein Jahrzehnt lang Kautsky beifällig als die eigentliche Autorität des deutschen Marxismus betrachtet.

Lenin macht es kurz und bündig: Selbstbestimmung ist „die staatliche Lostrennung von fremden Nationalgemeinschaften, die Bildung eines selbständigen Nationalstaat“ (399).

Lenin steht theoretisch deutlich über den Anderen: Er hat den „Imperialismus“ noch nicht geschrieben, aber bereits im Kopf. Es gibt ein Weltsystem. Er drückt seine Struktur etwas unbeholfen aus mit dem Vokabel der „unterschiedlichen Epochen“ und den „nationalen Besonderheiten“. Die ungleichzeitige Entwicklung zwischen den Kontinenten und Regionen schuldet sich der „einheitlichen“ Entwicklung des Weltsystems. Die kapitalistische Entwicklung begann an einem Punkt in Europa. Mit ihrem Fortschreiten erfasste sie andere Länder, *konnte aber nicht mehr den gleichen Ablauf nehmen, weil sie selbst die sozio-ökonomische Umwelt inzwischen verändert hatte*. Man hat dies bis in die Gegenwart ideologisiert als kapitalistische, nationale „Verspätung“ z. B. Deutschlands oder Italiens oder Russlands im 19. Jahrhundert. Dabei entwickelt Lenin so was, wie einen „Asianismus“: Der Kapitalismus hat inzwischen auch Asien zum „Erwachen“ gebracht, ermöglicht auch dort überall nationale Bewegungen, wie in Russland. Er stellt das zaristische Russland somit in eine Reihe mit China, Persien, der „Türkei“, mit Entwicklungsländern. Das aber macht es notwendig, als „unbedingte Forderung des Marxismus“, jede soziale Frage in einen bestimmten historischen Rahmen zu stellen (403). Hier kommt der Hegelianer in ihm zum Vorschein, der aber auf die Dialektik vergisst: Das Proletariat ordnet die nationalen Interessen dem Klassenkampf unter (413). Und wer entscheidet das? Das dekretiert der Intellektuelle, der die Geschichte für die Arbeiterklasse autoritativ interpretiert und dieser ihr eigenes Interesse dekretiert.

Das „Selbstbestimmungsrecht“ ist für Lenin eine antiimperialistische Losung, die für diese Länder gilt. Aber er sieht sie nur für *Staaten* insgesamt gültig, und sie konzentriert sich auf die Frage der *Unabhängigkeit*. Er demonstriert dies an einem damals aktuellen Fall: die Lostrennung Norwegens von Schweden. Das sind zentrale Passagen in Lenins Schrift. Er stellt sich voll und ganz hinter das Recht der Norweger auf Trennung von Schweden. Luxemburg hatte ziemlich billig polemisiert: Die Norweger hätten sich erst recht wieder „seelenruhig“ einen König gewählt. Darauf antwortet Lenin nicht etwa, was *auch* nahe gelegen wäre: Das war die Bedingung der Briten, die durch ihre Unterstützung die norwegische Unabhängigkeit erst ermöglicht hatten. Er wird vielmehr grundsätzlich. „Wenn die Mehrheit der norwegischen Nation für die Monarchie, das Proletariat aber für die Republik war, so standen dem norwegischen Proletariat, allgemein gesprochen, zwei Wege offen: entweder die Revolution, wenn die Bedingungen dafür reif waren, oder die Unterordnung unter die Mehrheit und eine langwierige Propaganda- und Agitationstätigkeit“ (432). Konziser lässt sich dies nicht sagen. Und noch etwas hält er fest, ein halbes Jahr früher, was theoretisch und politisch von höchster Bedeutung ist, und was in dieser Zeit keineswegs eine Selbstverständlichkeit war: „Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung ist zwar einer der wichtigsten wirtschaftlichen (!) Faktoren, nicht aber der einzige und nicht der wichtigste von ihnen“ (36).

Hier spricht Lenin vom Verfahren, wie die Unabhängigkeit gewonnen wurde; und das ist umso wichtiger, weil es bei Lenin sonst eine Seltenheit ist. Es ist Das Referendum, die *Volksabstimmung*, die er, im Gegensatz zu R. Luxemburg voll und ganz akzeptiert. Und er fügt hinzu: Die klassenbewussten Arbeiter müssen sehen, „dass möglich Konflikte *nur so* gelöst werden ... wie in Norwegen und Schweden..., nicht aber ‚auf russische Art‘“ (431). Eben das heißt die Anerkennung der Selbstbestimmung. Es bleiben noch genügend praktische Probleme. Aber das Grundsätzliche könnte kaum klarer ausgedrückt werden.

Hier wird es für uns in der Gegenwart interessant: Denken wir an die katalanische Volksabstimmung der letzten Jahre und die spanisch-kastilische Repression, die darauf folgte! Zum Anderen sind wir offensichtlich in einer *neuen Phase* von Kapitalismus und Imperialismus angelangt.

Aus zwingenden Gründen sind Gesellschaften in der Welt von heute als Staaten organisiert. Sie sind somit auf *Territorien und deren Grenzen* bezogen. Angesichts der Gefahr von Konflikten um Ressourcen und Symbole bei größeren Veränderungen ist man (?) bestrebt, diese

Grenzen möglichst selten und möglichst wenig zu verändern. Tatsächlich ist die „territoriale Integrität“ das Dogma Nummer 1 in der internationalen Politik der Gegenwart. Es ist nicht gerade eine Neuheit, dass Ideologen nicht unbedingt ein getreues Abbild der politischen Wirklichkeit liefern. Dies gilt für die heutigen russischen wie die ukrainischen Nationalisten. Sie sprechen von den alten Wurzeln der Nationen. Im 17. Jahrhundert oder auch 1703 gab es aber nicht nur keine russische Nation, sondern auch keine ukrainische. Mit irgendwelchen Zitaten dies heute wieder nahelegen, auch wenn es einmal schlampig bei Lenin so steht, zeugt von einem eigenartigen „Marxismus“.

Der kurze Text Lenins von 1920 (Thesen) ist überaus wichtig. Der Kritik am Formalismus der bürgerlichen Demokratie muss heute natürlich für alle „Linksliberalen“ ein Anathema sein. Sagt er doch: Der dient vor allem dem „Kampf gegen die Aufhebung der Klassen“. Der Hinweis, dass die „Gleichberechtigung der Nationen“ auch im Neoimperialismus eine Illusion sei, ist ebenfalls hoch aktuell. Der Westen besteht auf der Anerkennung seiner eigenen Grundsätze, wenn er alle anderen Staaten anerkennen soll. Dann allerdings kommt ein Punkt, wo sich Lenin wieder mit Luxemburg trifft: Er will einen Weltstaat. Das ist klar und eindeutig. „Die Föderation ist eine Übergangsform zur völligen Einheit der Werktätigen“ (31, 135). Da spricht er allgemein und nicht nur von der künftigen Sowjetunion. So wie er nur eine einzige ökonomische Entwicklungslinie erkennen kann, will er auch nur eine einzige politische Form gelten lassen.

Lenin und die Assimilation

Wenn man sich ein Leben lang mit Minderheitenfragen auseinandersetzt, reagiert man auf das Stichwort Assimilation. Lenin (Werke 20, 1 – 37) geht darauf in seiner Polemik gegen die Bundisten, die russisch-jüdischen Marxisten ein. Diese Passagen sind ein in jeder Hinsicht bemerkenswerter und wichtiger Text.

Die marxistische Tradition kennt den Begriff der *Identität* nicht. Implizit allerdings arbeitet sie sehr wohl mit dem Konzept, lässt es aber verdeckt von den Interessen (des Proletariats). Lenin stellt der nationalen Identität die Klassen-Identität gegenüber, aber nicht als Frage der Priorität oder der Abwägung, sondern als Frage der Ausschließung. Er spricht von „nationalen Eigenheiten“ (Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, Werke 20, 1 – 37). Damit bleibt er bei jener bürgerlichen Auffassung stehen, die er sonst so entschieden zurück weist. Das ist eine fetischistische Substantivierung anstelle einer gesellschaftliche Beziehung. Das lässt ihn schließlich zu einem Vertreter der Assimilation werden. Die bezeichnet er als „gewaltigen historischen Fortschritt“. Damit verquickt er zwei Aspekte, die im nationalen Bereich sorgfältig auseinander gehalten werden müssten: Der gesellschaftliche Wandel und damit auch der „Kulturwandel“ und damit untrennbar verknüpft der biographische Wandel im Laufe eines Lebens und die Freiheit zur Wahl einer Identität wurde stets mit dem nationalen Identitäts-Verlust infolge Herrschafts-Drucks gleichgesetzt. Damit geht das emanzipatorische Potenzial des Bezugs auf die eigene Herkunft (sei es ethnisch, sei es klassenspezifisch) verloren. Dieses Thema stellt sich heute, unter neuen imperialen Verhältnissen samt ihren neoimperialistischen Bestrebungen, auch für die bisherigen Mehrheiten. Voll Freude hatte Van der Bellen im Wahlkampf festgestellt: Wir Österreich seien eine „Minderheit“. Die Bürokratie forciert Supra-Nationalität als Klassen-Identität der Mittelschichten.

Lenin lässt jede Empathie für Gruppen vermissen, die aus einer historischen Situation harter Diskriminierung kommen. „Habt Euch nicht so!“ glaubt man zu hören. Das ist erstaunlich bei einer Person, die sonst ein so feines Sensorium für Macht-Differenzen in der sozialen und politischen Wirklichkeit hat. Aber das folgt aus einer *normativen* Einstellung: Gegenüber den Klassen-Differenzen *dürfen* (ethno-) nationale Unterschiede keine störende Rolle spielen. Sie stören nur den Kampf gegen den Grundwiderspruch. In dieser Haltung ist er Rosa Luxemburg sehr nahe. Allerdings zieht er andere Schlussfolgerungen.

Und seine Argumente? Er fragt: Bleibt „nach Abstrich jeglicher Gewalt und jeglicher Rechtsungleichheit“ (13) noch etwas vom Konzept der Assimilation? Und er antwortet: „Unbedingt ja.“ Und er schiebt Assimilation und Kulturwandel, zwischen den Nationen, aber auch für den Einzelnen in Eines. Denn die „welthistorische Tendenz des Kapitalismus“ heißt Angleichung, „Verwischung der nationalen Unterschiede, Assimilation der Nationen“. Er bewertet dies positiv. In der Sache hat er, wie ich vermute, Recht. Trotzdem sitzt er hier selbst der Ideologie des Nationalismus bzw. der damaligen Nationalisten auf (wie auch R. L.): Sie begründen die Nationen als „Kulturnationen“ und aus den

„Kulturunterschieden“ zwischen ihnen, und damit substantivieren und fetischisieren sie eine sozialpolitische Beziehung, die auf wesentlich anderen Grundlagen beruht und eine ganz andere Funktion hat. Und *er unterschlägt die Klassenteilung der Nationen*. Das hat fatale Folgen.

Nur wenn er Nation tatsächlich durch Kultur-Differenzen begründet, kann er von der Verwischung der nationalen Unterschiede sprechen. Hätte er Nation, nicht zuletzt in den Außenbeziehungen, als politische Relation zwischen Herrschafts-Organisationen gesehen, die sich auf Zugehörigkeiten (Identitäten) im Inneren stützen, dann hätte er konstatieren müssen: Zu seiner Zeit *verfestigten* sich die nationalen Grenzen, die Grenze zwischen herrschaftlich organisierten Bevölkerungen sogar. K. W. Deutsch hat dies noch in den 1950ern an Hand der Außenhandels-Beziehungen und der Entwicklung der Quoten des Außenhandels demonstriert.

Aber noch erstaunlicher ist der zweite Punkt: Lenin sieht immer wieder über die Klassenspaltung der Nationen und ihre Konsequenzen hinweg. Klassen sind ja nicht mechanische Gruppen, sondern Kategorien, die ganz verschiedene Einstellungen und verschiedenes soziales Verhalten an den Tag legen. Aber anstelle die real existierende Arbeiterklasse mit ihren internen Unterschieden anzusehen und zu analysieren, starrt er auf sein geschichtsphilosophisch abstraktes Konzept des Proletariats. Er hätte erkennen können und müssen: Die Unterschichten i. A. und die Arbeiterklassen (**Mz.!**) i. B. befanden sich in einem Prozess der *vertieften Nationalisierung*, der bis heute andauert. Sie begannen erstmals sich wirklich als „Russen“, „Deutsche“, „Franzosen“, etc. zu begreifen. Bei den Bauern wird es insbesondere in den Entwicklungsländern noch etwas dauern. (Siehe dazu Mao!) Die opportunistischen Sozialdemokraten haben dies besser begriffen – u. a. deswegen wurden sie zu Opportunisten.

Man kann dies mit Blick auf die Tendenzen heute als transitorische Prozesse sehen. Aber jeder historische Prozess ist transitorisch. Was heute stattfindet, ist ein überragend wichtiger Prozess des Übergangs zu einer neuen Phase. *Die Schichten in der oberen Hälfte der Gesellschaft beginnen, ihre globale Klassenzugehörigkeit über ihre nationale Zugehörigkeit und Identität zu stellen*. Vorderhand sind dies hauptsächlich die Schichten von den mittleren Mittelschichten aufwärts, vielleicht ein Drittel der modernen westlichen Gesellschaften. Es sind gleichzeitig die Schichten, welche die Hegemonie in der Gesellschaft bestimmen und vorderhand auch (noch?) durchsetzen. „Hoch die internationale Solidarität!“ Das ist heute der Kampfruf der mittleren und oberen Mittelschichten. Das ist wörtlich zu nehmen: Die Medien erzählen uns täglich von der Notwendigkeit der „europäischen Solidarität“.

Habe ich gerade auf Luxemburgs Globalismus verwiesen, so gilt für Lenin im Grundsatz das Gleiche. Das verbindet sich mit einem zugespitzten, geradezu hypostasierten und fetischisierten *Zentralismus*. „Der zentralisierte Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts ... zur künftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt“ (31). Je größer, umso besser! Das steht in einer Linie mit seiner unbedingten Bekräftigung des historischen Fortschritts durch den Kapitalismus. Das mag erklärbar sein mit seiner Herkunft aus Russland. Aber das allein ist es nicht. Lenin „vergisst“ hier auf jegliche Dialektik. Die „Erfordernisse des Kapitalismus“ gehen ihm über Alles! Er wird zum puren Technokraten. Geradezu naiv lässt er jedes Bewusstsein vom Herrschafts-Charakter einer Organisation vermissen: „Wenn wir den Zentralismus verfechten, [verfechten wir] ausschließlich den *demokratischen Zentralismus*“ (32), nicht den bürokratischen. Als ob sich dies in der Praxis säuberlich trennen ließe! Die Unterschichten und auch die unteren Mittelschichten sind deutlich stärker auf nationale Solidaritäten ausgerichtet. Sie brauchen sie für ihr menschenwürdiges Überleben. Zugegeben: Das läuft in einem oft recht altmodischen Sinn ab, auf ethno-nationale Weise. Das ist der Hintergrund der mehrheitlichen Einstellungen zur Zuwanderung und der Abwehrhaltungen gegen sie.

Einen Punkt hat Lenin zwar kurz genannt, aber nicht ausgearbeitet. Dabei wäre dies in der Frage des Kulturwandels wie der Assimilation eine zentrale Problematik der modernen Gesellschaften: *die Städte*. An die Situation der Städte kann man mit den alten Konzepten im Verhältnis zwischen ethno-nationalen Gruppen und Tendenzen überhaupt nicht heran treten. Wenn irgendwo, dann ist hier die enge Verquickung zwischen Kulturwandel und Assimilation zu diskutieren.

Selbstbestimmung und „Selbstbestimmungsrecht“

Lenins Kommentare zum Ersten Weltkrieg und zur Haltung der Sozialdemokraten (vor allem im Band 21: Der Zusammenbruch der II. Internationale) können oft 1 : 1 auf den EU- und NATO-Krieg in der Ukraine umgelegt werden. Kautsky wies auf das „nationale Element“ hin und glaubte damit den Krieg (ausgiebig Marx zitierend) rechtfertigen zu können. Aber das „nationale Element“ war damals ganz untergeordnet und ist es auch heute. Es „hat im gesamt-europäischen Krieg keine ernsthafte Bedeutung und kann sie nicht haben. ...“ (233).

Das Selbstbestimmungsrecht ist eine theoretisch weithin anerkannte Norm, der Bevölkerung innerhalb dieser territorialen Grenzen, auf diesen Territorien, die Möglichkeit zu geben, *nach gewissen, anerkannten und hegemonial als richtig festgelegten und somit legitimen Verfahren* eine eigene staatliche oder staatsähnliche Organisation aufzubauen. Die Formen dieser Verfahren allerdings sind nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch höchst umstritten. Allein das Ausdruck *Selbstbestimmungsrecht* sollte zur Vorsicht mahnen. Dies müsste somit gründlichst diskutiert werden. Insbesondere das Verhältnis zwischen Nationen und Klassen und die Rolle von Klassen im Prozess der Nationenbildung ist neu zu debattieren. Das gilt selbstverständlich auch für die Ukraine und auch für ihre Entstehung als nationale Einheit. Als die Machnowtschina 1918 bis 1920 zeitweise in der Ukraine die Macht errungen hatte, hätte man dies als Ausübung des Selbstbestimmungsrechts sehen können. Die bolschewistische Regierung in Moskau tat dies nicht. Die Machnowtschina war eine anarchistische Bauernbewegung. Die Bauern bildeten damals die Mehrheit in der ukrainischen Bevölkerung. Die Bolschewiki sahen aber die Arbeiter als die historisch allein legitimierte Klasse an. Sie unterstützten daher auch in der Ukraine diesen Klassenverband gegen Machnow und die Bauern. Damit wurde der Anschluss der Ukraine an die (spätere) Sowjetunion erreicht. Die Selbstbestimmung auf nationaler Ebene ist ein großer Schritt in einer nach eigenen Vorstellungen der betroffenen Bevölkerungen, nach ihren eigenen Werten durchgeführten Entwicklung demokratischer Institutionen. Sie hat viele Beschränkungen in der politischen Praxis. Eine *absolute Norm* ist sie, nach meiner Auffassung, keineswegs. Das Selbstbestimmungsrecht ist *Teil* eines umfassenden Normen-Komplexes für ein umfassendes selbstbestimmtes Leben. Es gibt eine Anzahl weiterer wichtiger Normen, die sich, u. U., mit der nationalen Selbstbestimmung schlagen können. Ziele wie *Frieden* oder das *Ende der Ausbeutung* sind nicht notwendig deckungsgleich mit dem Selbstbestimmungs“recht“. Dann kommt noch die Frage ins Spiel: Nach welchem Verfahren wird der nationale Wille, werden die Ziele der Selbstbestimmung festgestellt? Abstimmungen? Eine allgemeine Zustimmung ist eine Illusion. Damit kommt die Problematik von *Minderheiten* ins Spiel. Gerade in der Ukraine war dies nach dem Putsch von 2014 ein entscheidendes Problem. Aber das ist nur eines unter vielen Problemen der konkreten Situation.

Schluss und Folgerungen

Für eine kleine Gruppe der Restlinken muss die Zielsetzung gegenwärtig erstrangig der anti-hegemoniale Kampf sein. Dazu gehört erstrangig, dass man sich nicht der Propaganda-Vokabel der hegemonialen Schichten und ihrer Medien bedient. Das gilt auch für die Frage der Selbstbestimmung.

Dazu gehört die Eilfertigkeit, mit der man sich vom „russischen Angriffs-Krieg“ distanziert – praktisch ausnahmslos auch in der linken Debatte. Offenbar haben alle diese Teilnehmer an der Diskussion nicht begriffen, dass dies *eine Unterwerfungsgeste* ist. Wenn man hingegen Selbstbestimmung für die eigene Nation im Westen Europas einfordert, wird man inzwischen bereits in die Nähe des alten Faschismus gerückt. Gibt es eine sprechendere Manipulation?

Dazu gehört die Berufung auf das Völkerrecht. Auch das ist ein Code-Wort der hegemonialen Schichten. Es bedeutet die Unterwerfung unter die *Auffassung des Westens, wie internationale Beziehungen im Interesse des Westens aussehen sollen*. Nehmen wir uns selbst noch als Linke ernst, so müssen wir jeden einzelnen dieser Begriffe aus dem Diskurs der Intellektuellen, der „Wissenschaft“, auf seine wahre Bedeutung abklopfen, „dekonstruieren“ sagen die Akademiker. Fallen wir auf die Tricks dieser hegemonialen Intellektuellen hinein, so sind wir nichts als ihre willigen oder unwilligen Helfer.

Literatur

Anderson, Benedict (1983), *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.

- Capotorti, Francesco* (1979), *Study on the Rights of Persons Belonging to Ethnic, Religious and Linguistic Minorities*. New York: UNO.
- Gutsche, Willibald* (1983), *Sarajevo 1914. Vom Attentat zum Weltkrieg*. Berlin: Dietz.
- Hobsbawm, Eric J.* (1990), *Nations and Nationalism since 1780. Programme, myth, reality*. Cambridge: University Press.
- Kautsky, Karl* (1908), *Nationalität und Internationalität*. *Ergänzungshefte zur Neuen Zeit* (ausgegeben am 18. Jänner, Nr. 1).
- Lenin, W. I.* (1974 ff.), *Werke*. 40 Bde. Berlin: Dietz.
- Lenin, W. I.*, *Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*. In: *Lenin, Werke* 22, 144 ff.
- Lenin, W. I.* [Oktober – Dezember 1913], *Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*. In: *Lenin, Werke* 20, 1 - 37.
- Lenin, W. I.* [Februar – Mai 1914], *Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*. In: *Lenin, Werke* 20, 395 – 461.
- Luxemburg, Rosa* (1908), *Nationalitätenfrage und Autonomie I: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*. <https://sites.google.com/site/sozialistischesklassiker2punkt0/luxemburg/luxemburg-1908/rosa-luxemburg-nationalitaetenfrage-und-autonomie-i> (29. Juni 2023). - Anm.: Dieser wichtige Text ist interessanter Weise nicht enthalten in: *Gesammelte Werke*. Berlin: Dietz, 1987 ff. (Er würde in den 3. Band gehören).
- Obieta Chalbaud, José A.* (1978), *La autodeterminación de los pueblos como derecho humano*. Bilbao: Deusto.
- Obieta Chalbaud, José A.*, *El derecho de autodeterminación de los pueblos. Un estudio interdisciplinar de derechos humanos*. Bilbao: Editorial Vizcaya, 1980.
- Rosdolsky, Roman* (1964), *Friedrich Engels und das Problem der ‚geschichtslosen‘ Völker (Die Nationalitätenfrage in der Revolution 1848 – 1849 im Licht der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘*. In: *Archiv für Sozialgeschichte*
- Schneckener, Ulrich* (1996), *Das Recht auf Selbstbestimmung. Ethnonationale Konflikte und internationale Politik*. Mit einem Vorwort von D. Senghaas. Hamburg: Lit.
- Stalin, Josef* (1976), *Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage? [1904]* In: *Band 1. – Marxismus und nationale Frage [1913]*. In: *Werke*, Band 2, 1907 – 1913, 266 – 333. Dortmund: Roter Morgen. – *Noch einmal zur nationalen Frage [1925]*. In: *Band 7. – Zur nationalen Frage in Jugoslawien [1925]*. In: *Band 7*.
- Strassoldo, Raimondo* (2006), *La tutela delle minoranze linguistiche storiche...* In: *Studi di Sociologia* 44, 41 - 58